



29. Oktober 2009

## „Wir distanzieren uns von Postenschieberei“

*Rede von Dr. Hildegund Stamm in der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am 29. Januar 2009 zur Wahl des Bausenators*

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Bürgerschaftsmitglieder, sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

„Herr Bausenator Boden hat keine gravierenden Fehler gemacht“. Ich zitiere sinngemäß eine Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Zander. Und: „Wir haben keine glaubwürdige Alternative“. So wurde gestern Herr Möller von den Grünen zitiert. Beide Aussagen überzeugen uns nicht.

Von der Sache her ist nicht nachvollziehbar, dass die beiden konträren Lager - SPD und CDU - sich urplötzlich darauf verständigen, dass der Parteigenosse Franz-Peter Boden eine zweite Amtszeit bekommen soll. Ich verzichte hier auf Spekulationen, welcher Handel sich wohl hinter dieser Einigkeit verbirgt.

Keine Angst - ich starte keine neuerliche Aufzählung der Pannen, Unzulänglichkeiten und Skandale aus dem engsten Bereich des Bausenators. Sie sind alle zu gut bekannt. Ich missgönne Herrn Boden auch nicht seinen Arbeitsplatz und ich werde ihm, sofern er heute gewählt wird, auch gratulieren und alles Gute wünschen für die neue Amtszeit.

Fakt bleibt, dass die Bürgerschaft im November noch eine Neuausschreibung dieses Postens für richtig hielt. Auch die SPD hatte keinen Antrag gestellt, auf die gesetzlich vorgeschriebene Ausschreibung zu verzichten.

Herr Saxe veranlasste daraufhin die Stellenanzeigen - allerdings auch hier wieder nur halbherzig, indem er ein so wichtiges Blatt wie die Süddeutsche Zeitung gar nicht erst berücksichtigte, obwohl wir das gefordert hatten. Dementsprechend – und aufgrund der im Ausschreibungstext hervorgehobenen Passage, dass sich der Amtsinhaber wieder zu bewerben gedenke - haben sich auch nur 31 Interessenten gemeldet. Drei von ihnen zogen sich letzte Woche zurück, als bekannt wurde, dass die SPD mit der CDU nach alt bewährter Klüngelmanier einen Kuhhandel geschlossen hatte. Trotzdem haben wir ehrenamtliche Politiker uns dafür frei genommen, die Bewerbungen zu bewerten, um schließlich sechs Kandidaten einzuladen, die uns vielversprechend erschienen.

Optimistisch, wie wir sind, haben wir uns die Mühe gemacht, mit vier Bewerbern intensive Gespräche zu führen, weil wir der Meinung waren, dass der Hansestadt ein Wechsel im Bereich des Bauwesens gut bekommen würde. Ein, im Rückblick betrachtet, lächerliches Unterfangen! Denn zu diesem Termin kam von der CDU nicht ein einziges Mitglied. Auch die SPD demonstrierte Desinteresse. Ernsthaft engagiert waren nur die kleinen Fraktionen unserer Bürgerschaft und der Lübecker BUNT, die alle mit zwei und mehr Personen an den Bewerbungsgesprächen teilnahmen.

18.000 Euro haben allein die Inserate gekostet, die genau genommen jetzt von der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion an die Stadtkasse zurückgezahlt werden müssten, weil sie in einem bereits laufenden Verfahren unvermittelt und ohne sachliche Gründe das Ruder herumgeworfen haben. An dieser Stelle möchte ich auch meine Beschämung darüber ausdrücken, wie die Hansestadt mit ernsthaften und seriösen Bewerbern umgeht. Das ist einfach ein schlechtes Benehmen für das ich mich schäme und mich bei den Bewerbern entschuldigen möchte.

Schlimm ist auch, dass ein demokratisches Verfahren mit Füßen getreten wird. Mit diesem Verhalten können wir die Politikverdrossenheit der Menschen nur noch weiter befördern: Solange mächtige Gruppierungen in Hinterzimmern die Fäden ziehen und auf ihre ganz persönlichen Vorteile oder die ihrer Partei bedacht sind, solange werden keine sachorientierten und bürgerfreundlichen Entscheidungen getroffen. Das ist empörend und es ist zutiefst undemokratisch. Von dieser der Postenschieberei distanziert sich der Lübecker BUNT ausdrücklich.

Die Vorgehensweise in diesem aktuellen Verfahren dokumentiert, dass unsere Hansestadt noch weit entfernt ist von einem Aufbruch ins 21. Jahrhundert, wie er sich derzeit etwa in den USA durch die Wahl von Barack Obama abzeichnet.

Unsere nächste Bürgerschaftswahl kommt bestimmt, auch wenn es noch lange hin scheint und wir werden die Bürger rechtzeitig daran erinnern, mit welchen Methoden im Rathaus Politik gemacht wurde und in vier Jahren vermutlich leider dann immer noch gemacht wird.

Was uns aber besonders ärgert, ist die erneute Verschleuderung städtischer Gelder, die wir unbedingt zum Wohl der Bürger hätten einsetzen müssen. Dieses Vorgehen ist verantwortungslos.

Im Blick auf die jetzt anstehende Entscheidung schließe ich mit einer Erinnerung an die Gemeindeordnung des Landes SH §32 Absatz 1: Die Gemeindevertreter handeln in ihrer Tätigkeit nach ihrer freien, durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“